

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

168. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 13. April 2005

Zusatztagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion der CDU/CSU: **Religionspolitik des Berliner Senats und Grundgesetz**

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Petra Pau.

(Dorothee Mantel [CDU/CSU]: Da kann die SPD mal wieder klatschen!)

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der aktuelle Streit dreht sich scheinbar um ein neues Unterrichtsfach an Berliner Schulen. Die SPD nennt es Werteunterricht; die PDS spricht vom interkulturellen Dialog.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der wiederum reduziert sich eben nicht auf eine Unterrichtsstunde; er ist vielmehr Teil eines größeren Anliegens.

(Katherina Reiche [CDU/CSU]: Das glaube ich gern!)

Dabei geht es um zwei grundlegende Fragen: Wie lässt sich das gesellschaftliche Miteinander in Berlin künftig besser gestalten? Und: Welchen Beitrag können die Schulen dazu leisten? Es geht also um die Zukunft einer Metropole, die für dreieinhalb Millionen Berlinerinnen und Berliner aus über hundert Nationen Heimstatt ist – mit und ohne Gott.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Andersherum: Hie und da und auch heute ja wieder ist von einem Feldzug gegen die Kirchen die Rede. Ich habe keinen in Berlin getroffen, der das will. Wer die Geschichte des Grundgesetzes und einschlägige Gutachten kennt, weiß auch: Es gibt mit diesem Beschluss auch keinen Verfassungsbruch, wie Wolfgang Thierse und andere es vermuten.

Die PDS möchte, dass Berlin eine weltoffene Hauptstadt der Kultur und des Wissens wird.

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Karneval der Kulturen!)

Die Berliner SPD will das auch. Deshalb arbeitet die rot-rote Koalition unter anderem an einer weit reichenden Schulreform.

(Markus Löning [FDP]: Es ist bezeichnend, dass Sie die Berliner SPD hier verteidigen müssen! Warum machen die das nicht selber?)

Ein kleiner, aber nicht unwichtiger Baustein ist dabei dieses neue Unterrichtsfach.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Die PDS war und ist für eine Trennung von Staat und Kirche; das ist nicht neu. Aber darum geht es bei dem aktuellen Streit um dieses Unterrichtsfach nicht.

Denn was sind denn nun die Hauptkontroversen?

Am weitesten geht der Vorwurf, die Schule sei weder fähig noch berechtigt, ein Unterrichtsfach anzubieten, bei dem es auch um Werte geht. Ich finde das grundfalsch. Die Schule ist dazu sogar verpflichtet, wenn sie das Grundgesetz und ihren kulturellen Auftrag ernst nimmt.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Andere kritisieren: Ein solcher Unterricht wäre unverbindlich und beliebig. Richtig ist: Er bindet niemanden an einen bestimmten Glauben. Das ist aber auch nicht Aufgabe der Schule und des Staates, sondern das ist Anliegen der Kirchen und der Religionsgemeinschaften

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

und zum Schluss ist es Privatsache.

Wieder andere sagen, man solle wenigstens wählen können. Ich halte das nach wie vor für ein schwaches Argument; es geht übrigens zulasten der Kirchen. Denn was wäre das für ein interkultureller Dialog, wenn ausgerechnet die Jugendlichen fehlen, die den Glauben ihrer Religion authentisch vertreten können?

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Schließlich lautet ein weiteres Argument: Der Staat raube den Kirchen die Jugend, weil diese – schulisch überlastet – dem Religionsunterricht fernbleiben könnte. Ich finde das wenig selbstbewusst. Wir sollten uns die Situation einmal ansehen: In Berlin nehmen Schülerinnen und Schüler am Religionsunterricht vorwiegend während der Grundschulzeit teil. Das neue Fach beginnt aber erst ab Klasse sieben. Warum soll es nicht möglich sein, Kindern in der Grundschulzeit zu vermitteln, dass Religionsunterricht auch über Klasse sieben hinaus einen Wert hat, und ihn so zu einem Bedürfnis zu machen?

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

All das gehört zu einer sachlichen Debatte, ebenso wie die Tatsache, dass Religionsunterricht in Berlin natürlich auch weiterhin staatlich gefördert wird. Mir ist jedenfalls kein Beschluss zur Abschaffung der staatlichen Förderung bekannt. Wir sollten entsprechend den Geboten unseres Glaubens und des Grundgesetzes mit Toleranz weiter für die beste Lösung streiten.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])